

Literaturbericht

von Prof. Dr. Berthold Freudenthal, Frankfurt a. M.

1. Das wichtigste der Beweismittel, der Zeuge, ist seit längerer Zeit Gegenstand heftiger Angriffe; soweit diese prozessualer Art sind, gehört ihre Besprechung nicht hierher. Wohl aber ist dies bezüglich der Frage nach der Berechtigung der Strafbarkeit fahrlässiger falscher eidlicher Aussagen der Fall.

Hier entsteht einmal die Frage: Ist eine solche fahrlässige falsche Aussage begrifflich denkbar? Wird diese Frage verneint, so waren alle gegen sie gerichteten Strafbestimmungen in früheren oder in bestehenden Strafgesetzbüchern verfehlt und ihre Strafbarkeit muß in Zukunft entfallen. Ist die Frage hingegen zu bejahen, so fragt es sich weiter, ob unter anderen, insbesondere kriminalpolitischen Gesichtspunkten es sich empfiehlt, jenen Tatbestand de lege ferenda beizubehalten.

Von den hier besprochenen Arbeiten behandelt nur die von Dischausen beide Fragen. Die übrigen beschränken sich auf die erste, weil sie zu deren Verneinung gelangen.

2. Durch einen Aufsatz im Gerichtsaaal Bd. 60 S. 56 ff. hat Landgerichtsrat Thomsen in Altona die Diskussion entfesselt. Er verneint die begriffliche Möglichkeit einer fahrlässigen falschen Aussage mit folgendem Gedankengange.

Nicht die bezeugte Tatsache selbst bildet den Gegenstand der Wissenschaft und der Aussage des Zeugen, sondern lediglich der Eindruck dieser Tatsache, wie er vermittelt gewisser physio-psychischer Prozesse in der Seele des Zeugen zurückgeblieben ist. Nicht soll der Zeuge — auch das Gesetz verlangt das nicht von ihm — objektive Wahrheit erforschen, noch feststellen, sondern er soll der Wahrheit nach seinem „besten Gewissen“, aber doch nur nach Maßgabe seines Wissens die Ehre geben, wie es in seinem gegenwärtigen cerebralen Befunde sich darstellt. Und so haftet er denn nur für die Übereinstimmung seiner Aussage mit seinen Eindrücken.

Verfehlt ist es danach, wenn die objektive Unrichtigkeit einer Aussage als Begriffsmerkmal des Mein- und Falscheides betrachtet wird. Vorsätzlichen Meineid begeht auch, wer das objektiv Wahre aussagt, sofern er es nur seiner Überzeugung zuwider aussagt.

Wer ferner über seine eigenen psychischen Vorgänge und Zustände auszusagen hat, auch der haftet nur für die Wahrheit der Tatsache, daß er „so geurteilt hat oder so urteilt“; sagt ein Zeuge aus, er habe X. niemals gesehen, so bedeutet das nichts anderes, als daß er sich nicht bewußt sei, X. jemals gesehen zu haben. Entsprach dies seinem „besten Wissen“, d. h. wußte er es in dem Augenblicke der Zeugenaussage nicht besser, so kann er nach Thomsen nicht strafbar gehandelt haben.

Allerdings ist der Zeuge verpflichtet, seinem Erinnerungs- und Urteilsvermögen die höchste Leistung abzugewinnen. Aber für die Frage, ob er diese Pflicht erfüllt habe, kommt nur sein „aktuelles parates Wissen“ in Betracht (S. 72). Ist sich der Zeuge also z. B. bewußt, daß er durch größere Anspannung seines geistigen Vermögens ein anderes Ergebnis der von ihm anzustellenden Erforschung seines Innern würde erzielen können, so verlegt er, wenn er dieser Sachlage nicht in seiner Aussage Rechnung trägt, seine Zeugenpflicht, aber vorzüglich, nicht fahrlässig.

Unter diesen Umständen ist eine fahrlässige Verletzung seiner Zeugenpflicht nach Th. nicht denkbar. Entweder der Zeuge ist sich nicht bewußt, an der Wiedergabe der in seiner Seele haftenden Eindrücke etwas fehlen zu lassen; dann erfüllt er seine Aufgabe und ist straflos. Oder er ist sich bewußt, daß er nicht nach bestem Wissen aussagt, dann begeht er Meineid.

Th. selbst gibt zu, daß jemand „durch größere Anspannung seines geistigen Vermögens“ ein anderes Ergebnis seiner Erforschung hätte erreichen können, denn er straft den wegen wissentlichen Meineides, der, vielmehr er diese Möglichkeit kannte, ihr nicht Rechnung trug. Dann bleibt die Frage: Warum sollte es ausgeschlossen sein, daß jemand hätte wissen können und sollen, daß sich ein anderes Ergebnis hätte erreichen lassen? Und warum sollte man diesen dann nicht wegen fahrlässigen Falschheidens strafen können?

B. Im Archiv f. Krim.-Anthropologie Bd 11 S. 70 ff. erklärt Justizrat Martin (München) § 163 St.-G.-B. für eine gesetzliche Bestimmung, „wie sie nicht sein soll, welche nur schädlich und unheilvoll wirken kann“, und empfiehlt nach dem Vorgange des bayerischen St.-G.-B. von 1861 deren künftige Nichtaufnahme. „Solange der Zeuge von seiner inneren Überzeugung nicht abweicht, handelt er nicht fahrlässig. Würde er anders aussagen, so wäre das .. meineidig“.

a) Sachverständigeneid. Sagt der Sachverständige nach seinem besten Wissen und Gewissen aus, so handelt er nicht fahrlässig; denn sein Wissen entscheidet; wer überzeugt ist, eine Materie zu beherrschen, braucht sich nicht weiter umzutun. Daß der Gutachter nicht nach seinem besten Wissen ausgesagt habe, wird — nach M. — schwer zu beweisen sein. Verstößt aber der Gutachter etwa, in Begünstigung eines Teiles, gegen alle Kunstregeln, dann ist Vorsatz gegeben.

b) Gleiches gilt — nach M. — vom Partei- und Zeugeneid über Tatsachen. Wer fest überzeugt ist, eine — in Wahrheit falsch

aufgenommene — Tatsache richtig aufgenommen zu haben, hat keinen Anlaß sich weiter zu unterrichten.

c) Diese Informationspflicht besteht hingegen (nach M.) beim Offenbarungseide. Wer es nicht der Mühe wert hält, sich zu informieren, „nimmt das Risiko des wissentlich falschen Eides auf sich“.

d) Auch beim Überzeugungseide muß die Individualität des Schwörenden — nach M. — entscheiden, wieweit die seiner Überzeugung zu Grunde liegenden Nachforschungen zu gehen haben. Wer also alles, was nach seiner Überzeugung zur Begründung einer bestimmten Überzeugung geeignet war, nach seiner Ansicht gethan hat, handelt nicht fahrlässig.

4. Der zu früh verstorbene Reichsgerichtsrat Stenglein hat dem 26. deutschen Juristentage ein Gutachten über die Frage erstattet: Soll die Strafbarkeit der fahrlässigen falschen eiblichen Aussage vor Gericht im deutschen Rechte beibehalten, im österreichischen Rechte eingeführt werden?)

Da eine stattliche Reihe von ehemaligen deutschen einzelstaatlichen und von geltenden außerdeutschen Strafgesetzgebungen für Straflosigkeit des fahrlässigen Falscheides ist, so wäre es — nach St. — eine gewagte Behauptung, eine Strafvorschrift gegen diesen werde „vom Rechtsgefühl des Volkes verlangt“.

Auch sei der Tatbestand des fahrlässigen Falscheides wegen des Mangels eines Erfolges mit dem Begriff „Fahrlässigkeit“ nicht in Einklang zu bringen.

Vor Allem aber haben — nach St. — der Zeuge und die Partei nur zu sagen, was sie für wahr halten, nicht was wahr ist. „Jeder Eid ist nur ein Eid darüber, daß der Schwörende glaubt, die zu beweisenden Tatsachen verhielten sich so, wie es die Eidesformel ausspricht“. Findet man die Fahrlässigkeit im Mangel an Sorgfalt beim Erkennen der Wahrheit, so geht man „auf den Denkprozeß“ ein, der sich völlig „der Beobachtung entzieht“. Ob der Schwörende Mittel und Wege hatte, einen anderen Glauben zu gewinnen, und sie fahrlässig nicht benutzte, ist nicht feststellbar: Ob Nachdenken hätte helfen können, hängt von der Lebhaftigkeit des irreführenden Eindrucks ab, und eine Pflicht zur Einziehung äußerer Erkundigungen besteht nicht.

Die Fehlgriffe der heutigen Praxis zeigen die Unklarheit des Begriffs eines fahrlässigen Falscheides. Unter dem trefflichen bayerischen Strafgesetzbuche von 1861 hat sich — das bestätigt Stenglein aus eigener Erfahrung — nie ein Bedürfnis nach Bestrafung des Fahrlässigkeitsdeliktes ergeben. Darum sollte man § 163 R.-St.-G.-B. streichen und ins österreichische Gesetz einen entsprechenden Paragraphen nicht aufnehmen.

5. „Über die Strafwürdigkeit des fahrlässigen Falscheides“ hat der Oberreichsanwalt Olshausen am 25. 4. 03 in der

¹⁾ Verhandlungen des 26. Juristentages Bd. 1 (Gutachten) S. 56—62 Berlin 1902.

juristischen Gesellschaft in Berlin gesprochen. Sein Vortrag ist in *Goldb. Arch.* Bd. 50 S. 8—20 wiedergegeben.

Die geltenden Gesetzgebungen des Auslandes, wie die z. B. vorliegenden Strafgesetzentwürfe sind in der obigen Frage geteilter Meinung, jene indes sind in ihrer Mehrheit für Straflosigkeit, diese für Strafbarkeit. In Deutschland war bis zum R.-St.-G.-B. der Süden gegen, der Norden weitaus überwiegend für Strafbarkeit.

1) Olshausen bejaht die logische Möglichkeit des fahrlässigen Falscheides. Thomsen lasse zu Unrecht die psychische Tatsache des „schlummernden Bewußtseins“ außer Betracht, wenn er einen Zwischenfall zwischen Wissen und Nichtwissen des Zeugen nicht anerkenne. Bei Anstrengung des Gedächtnisses würde der Zeuge, der zunächst glaubte, nichts zu wissen, den Vorgang tatsächlich besser gewußt haben.

2) Wie ist das hiernach begrifflich denkbare Delikt juristisch zu konstruieren? D. nimmt im Gegensatz zu Stenglein an, daß die hier geforderte Fahrlässigkeit die gleiche sei wie bei anderen Delikten; der Erfolg bei Voreid bestehe in der „Existenz der falschen Aussage“ (?). Eigenartig sei nur, daß die durch das Meineidsgesetz kriminalisierte Handlung nicht die gleiche sei, wie die nach dem Fahrlässigkeitsgesetz unter Strafe gestellte.

3) Empfiehlt es sich, dem Meineide den Falscheid als strafbare Handlung zur Seite zu stellen? D. verneint diese Frage *de lege ferenda*. Gesetzgeberischer Grundsatz war und muß sein, daß fahrlässiges Handeln nur ausnahmsweise gestraft wird. Ein praktisches Bedürfnis, hier eine Ausnahme zu machen, liegt nicht vor. Einmal ist der Prozentsatz der Verurteilungen ein sehr ungünstiger. Ferner sei die Strafdrohung gegenüber ihren Destinatären, den Unverständigen und Unwissenden, unnötig. Auch zeitige das Strafgesetz zahlreiche falsche Verurteilungen, weil es zu schwierig sei, „sich in die physische Beschaffenheit des Gehirns des Schwörenden hineinzuversetzen“, um zu beantworten, ob er durch Nachdenken usw. die Wahrheit hätte finden können.

So vereinigt sich Olshausen bei abweichender Begründung mit den obigen Bearbeitern der gleichen Frage in der Forderung, *de lege ferenda* den fahrlässigen Falscheid straflos zu lassen.

Nach Ansicht des Ref. liegt dem Gedankengange derer, die fahrlässigen Falscheid für begrifflich unmöglich halten (s. oben 2 bis 4), ein Fehler zu Grunde: Sie gehen davon aus, daß der Aussagende seiner Pflicht genüge, wenn er den Inhalt seines Bewußtseins im Zeitpunkte der Aussage, also sein gegenwärtiges Wissen, wiedergebe. Wäre dies richtig, so gäbe es gewiß keinen fahrlässigen Falscheid: denn wessen man bewußt ist, das kann man nur entweder sagen oder vorsätzlich verschweigen; ein fahrlässiges Nichtsagen ist undenkbar.

In Wahrheit aber geht die Pflicht des Aussagenden auch dahin, durch sorgfältige Nachprüfung sein Bewußtsein auf die für ihn erreichbare höchste Stufe des Erkennens zu bringen. Im Eide der §§ 426,

459 Abs. 2 und 3 C.-P.-D. kommt dies zu unmittelbarem Ausdruck. Auch im Eide des Zeugen aber sind (ein Gegensatz zu den eben genannten Eiden wäre sachlich unverständlich) die Worte „nach bestem Wissen und Gewissen“ nicht anders zu verstehen. Sie bedeuten nicht lediglich, daß die Erklärung nach dem z. Z. vorhandenen besten Wissen (wie dies auch z. B. Frank II 2 zu § 163 annimmt), sondern daß sie nach „bestmöglichem“ Wissen und möglichst gewissenhaft abzugeben sei. Was bedeutet sonst „bestes“ Gewissen? Und wie wäre es begreiflich, daß eine Gesetzgebung, die den fahrlässigen Falscheid nun einmal straft, ihn andernfalls in der Eidesformel ignorieren würde? Jene Pflicht aber kann unachtsam, d. i. fahrlässig, verletzt werden.

Wer leugnet, daß der Aussagende z. Z. der Aussage einen anderen Bewußtseinsinhalt hätte haben können und sollen, der leugnet die Möglichkeit fahrlässigen Handelns überhaupt und verlegt den Streit auf ein weiteres Feld, im letzten Grunde auf das von Willensfreiheit und -unfreiheit.

6. In Heft 45 der von Beling herausgegebenen Strafrechtlichen Abhandlungen erörtert M. Eckstein die strafbare Verletzung der Unterhaltspflicht (§ 361 Z. 10 St.-G.-B.).²⁾ Referent steht der Veröffentlichung dieser Arbeit nicht fern genug, um über sie im Wesentlichen mehr als einen Bericht abgeben zu können.

Wir haben über § 361 Z. 10 eine Reihe verwaltungs-, insbesondere armenrechtlicher Schriften, die meist von Praktikern herrühren, und von theoretischer Seite lediglich die zwar gut informierende, aber kurze Darstellung Seufferts in der „Übersicht über die Strafgesetzgebung des Jahres 1894“ (Z. 15 S. 809 ff.). Andererseits ist § 361 Z. 10 nicht nur im Allgemeinen sozialpolitisch bedeutungsvoll, weil er die Grenzlinie zwischen den Fällen berechtigter und denen mißbräuchlicher Inanspruchnahme von Armenmitteln ziehen soll, sondern er ist für die Armenverwaltungen in deren täglicher Praxis geradezu die wichtigste der Strafbestimmungen überhaupt. So verdient er eine eingehende systematische Behandlung, wie sie die vorliegende Arbeit darstellt, umsomehr, als der Wert der älteren Arbeiten dadurch wesentlich geringer geworden ist, daß das bürgerliche Gesetzbuch die zivilistischen Grundlagen der Bestimmung verschoben hat.

§ 361 Z. 10 ist im St.-G.-B. nicht von Anfang an enthalten gewesen. Seine Aufnahme in dieses beruht vielmehr auf dem Reichsgesetze vom 12. 3. 1894. In einem einleitenden Paragraphen schildert der Verfasser, wodurch diese Ergänzung des Gesetzes notwendig wurde: § 361 Z. 5, das andere dem Schutz der Armenbehörden gewidmete Strafgesetz, ließ die Fälle straffrei, in denen bei vorhandenen Mitteln der Unterhalt böswillig oder frivol versagt wird, und doch sind sie zum mindesten ebenso strafwürdig, sowie nach Einführung der Freizügigkeit ebenso gefährlich (S. 4), wie die Fälle der durch Trunksucht usw. herbeigeführten Unterhaltsunfähigkeit.

²⁾ Schletterer'sche Buchh., Breslau 1903.

Wohl suchten sich zahlreiche Einzelstaaten dadurch zu helfen, daß sie auch unter der Herrschaft des St.-G.-B. wie vorher, Unterhaltssäumige dieser Art auf Grund eines „neben den . . . strafrechtlichen Bestimmungen herlaufenden Verwaltungszwangsverfahrens“ in einem Arbeitshause unterbrachten, wie dies noch heute beispielsweise Württemberg, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin für angezeigt halten. Preußen aber sah ein solches Verfahren für unvereinbar mit dem positiven Reichsstrafrecht an (ob mit oder ohne Recht, sagt der Verf. nicht), und so waren es naturgemäß in erster Linie preußische Armenbehörden, die nach einer Ergänzung des § 361 Z. 5 verlangten. Wie es bei Abänderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz zur Erfüllung dieses Wunsches gekommen ist, schildert § 2 (S. 7—14): „Bei den Mängeln, die das geltende Recht aufweist, ist es noch jetzt von Interesse, seine Entstehung und die vor seiner Erlassung geäußerten Wünsche eingehend zu verfolgen“.

Daran schließt sich die Auslegung der einzelnen Tatbestandsmerkmale. „Ernährung“ ist, wie der Verf. gegen Olshausen u. a. annimmt, nichts anderes als Unterhalt, und „Unterhaltungspflicht“ ist im Sinne des B.-G.-B. auszulegen. Nicht überall aber, wo das B.-G.-B. eine Unterhaltungspflicht aufstellt, begründet ihre Verletzung die Strafbarkeit aus § 361 Z. 10, insbesondere nicht, wo sie nicht auf familienrechtlicher Grundlage ruht (s. aber auch S. 36 und § 1710 Abs. 3 B.-G.-B.), sondern dem Erbrecht zugehört (§§ 1582 Abs. 2 und 3, 1712, 1969, 1963, 2141 B.-G.-B.), oder im Obligationenrecht aufgestellt ist (528 f., 843, 844 Abs. 2 B.-G.-B.). Dies Ergebnis dürfte des Verfassers Auffassung, wie sie sich aus seiner sorgfältigen Behandlung der Einzelfälle ergibt, entsprechen; eine zusammenfassende Formel fehlt.

Ob der Unterhaltungspflichtige „in der Lage“ war, zu unterhalten, entscheidet der Strafrichter unabhängig von der auffordernden Behörde nach freiem Ermessen. Bei Bildung seines Urteils freilich handelt er zweckmäßig, wenn er die Grundsätze des B.-G.-B. zur Richtschnur nimmt.

Weiter prüft der Verfasser Vorzüge und Mängel des Erfordernisses der „Aufforderung“ des Unterhaltungspflichtigen. Zuständig für sie sind nach Landesrecht die Polizeibehörden, nicht die dafür geeigneteren Armenbehörden. In formeller Hinsicht verlangt der Verf. für Preußen ein Beschlußverfahren, bei dem ein nach Anhörung der Beteiligten ergangener begründeter Beschluß förmlich zuzustellen ist. Folge der Unterhaltsversagung muß gewesen sein, daß durch behördliche Vermittelung fremde Hilfe (d. i. die Hilfe eines nicht Unterhaltungspflichtigen), nicht notwendig öffentliche Hilfe in Anspruch genommen worden ist. Dies ist wegen Unwendbarkeit des Paragraphen auf Elsaß-Lothringen von Bedeutung (widersprechend S. 45 und 57).

Als Nebenstrafe hatte der Regierungsentwurf Überweisung ins Auge gefaßt. Der Reichstag strich sie nicht nur, sondern erklärte auch Geldstrafe für zulässig. Diese verschiedene Auffassung der angemessenen Strafe begründet der Verf. mit Recht damit, daß Z. 10 Eingriffe in zwei

Rechtsgüterphären von ungleicher Schutzwürdigkeit vermengt: gröbliche Verletzung der Pflichten gegen die Familie und bloßen Mißbrauch der Armenpflege.

Diesen und anderen Mängeln gegenüber (s. deren Zusammenstellung S. 49) haben sich schon seit 1895 Bestrebungen nach Abänderung des Paragraphen geltend gemacht, deren Träger der deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit ist. Unter eingehender Prüfung seiner Vorschläge empfiehlt der Verf. die Zerlegung der Bestimmung in einen § 221a, der sich in Ergänzung der Ausfühungsparagraphen gegen die vorsätzliche Unterhaltsentziehung als Vergehen richten soll, und in eine Übertretungsvorschrift gegenüber dem Mißbrauch der Armenpflege.

Es wäre dankenswert, wenn der Verf. seine Arbeit nachträglich auf verwandte Bestimmungen ausländischer Strafgesetzgebungen ausdehnte (vgl. z. B. japanisches St.-G.-B. Abschn. 11 Abt. 5, französ. Ges. v. 19. 4. 98, Ges. für Massachusetts v. 17. 4. 85, f. Illinois v. 1901, ev. auch das normeg. Ges. v. 18. 6. 91).

7. Im Archiv für Kriminal-Anthropologie Bd. 12 S. 175 ff. behandelt Schütze „die Technik des Stempelfälschers und das Arbeitshaus als seine technische Hochschule, sowie einige Vorschläge zur Abhilfe“. Auf Grund praktischer Erfahrungen und reichen, in seinen Händen befindlichen Materials setzt Sch. die raffinierte Technik der Stempelfälscher in hellstes Licht. Er erblickt in ihrem Treiben einen Krebschaden, „der nicht nur dem gewerbsmäßigen Verbrecher eine bedeutende Stütze bietet, sondern auch dem nach Hunderttausenden zählenden Bettler- und Landstreichertum, das dem deutschen Reiche allein, vom sittlichen Schaden ganz abgesehen, jährlich zwischen 36 und 200 Millionen Mark (?) kostet, überhaupt erst seine Existenz recht eigentlich ermöglicht“.

Die Beseitigung des Unwesens hält er dadurch für möglich, daß an Stelle aller bisherigen Stempelarten ausschließlich die doppelseitigen Schlagstempel, die ohne Siegellack dem Papier eingepreßt werden, bei den Behörden Eingang finden. Sie kann nur der gelehrte Graveur nachahmen, auch sind sie für den „Kunden“ schwer auf die Dauer zu verstecken.

Von größter Bedeutung ist ferner die Beseitigung von Druckereien in den Arbeitshäusern, die der Verfasser mit Recht als die Hochschule der Stempelfälscher betrachtet. Sie empfiehlt sich um so mehr, als der in der Druckerei Ausgebildete nachher doch in diesem Berufe keine Anstellung findet. Die Beschäftigung in der Nachhaft macht ihn sonach nicht wirtschaftlich tüchtiger, sondern nur zu Verbrechern geschickter.

8. Das Leben der Wanderarmen ist Gegenstand eines Aufsatzes von Hans Ostwald-Lichterfelde im Archiv für Kriminal-Anthropologie Bd. 13 S. 297 ff. Der Wert dieses kurzen Aufsatzes und das Interesse, das er verdient, hängen damit zusammen, daß der Verfasser die von ihm geschilderten Verhältnisse aus eigener

Wahrnehmung nicht nur, sondern als ein früher selbst in ihnen Stehender kennt. Er ist, wie Hanns Groß in einer einleitenden Note mitteilt, der Sohn eines unbemittelten Berliner Schmiedes, erlernte das Goldschmiedehandwerk, wurde aber nach kurzer Zeit arbeitslos. Als „armer Reisender“ durchstreifte er Deutschland. Was er sah und erlebte, notierte er und wurde allmählich Schriftsteller. Als solcher lebt er heute in Groß-Lichterfelde bei Berlin; „alle Jahre drängt es ihn aber wieder, wenigstens für einige Wochen, auf die Landstraße“.

Ostwald erklärt es für einen fundamentalen Irrtum, die Wanderbettelei allein aus dem Trieb zur Faulheit herzuleiten. Auf der Landstraße finden sich vielmehr die verschiedensten Typen: Der Eine hat in seinem Gewerbe Schiffbruch gelitten und ein anderes, das aufnahmefähig wäre und ihn verwerten könnte, nicht gefunden. Da sind weiter alle die vielleicht nur vorübergehend arbeitslosen Handwerker oder industriellen Arbeiter, die nicht am Orte bleiben wollen, weil sie sich nicht „in Schulden verspinnen“ möchten. Auch ideeller Zwang, Bildungsdrang, der Wunsch, den Ort eines Striktes zu entlasten, treibt Manche auf die Landstraße. Daß das Wandern in der Tat weniger auf Arbeitsunlust, als auf das Angebot oder das Aufhören der Arbeitsgelegenheit zurückführt, beweist der Verfasser u. a. an der Hand einer Statistik der oberbairischen Verpflegungsstationen von 1895—96. Danach werden die Landstraßen im Winter viel mehr von wanderndem Volke belaufen, die Herbergen viel stärker belegt, als in den Sommermonaten.

Die Lebensweise der Wanderer wird vom Verfasser so anschaulich geschildert, wie es nur der ehemalige *socius malorum* vermag. Die staatliche Naturalunterstützung ist im allgemeinen befriedigend, die Gelbunterstützung in den Städten ist ungenügend; „man ist also auf das Fecchten angewiesen“, und auch davon wird der Wanderer nie recht satt. Anders der professionelle Bettler, die Krüppel, die Briefbettler, d. h. die, welche „irgendwie mit der Intelligenz in Berührung gekommen sind“, die Schnorrer aus dem armen Osten, die mit Bettlerzinken Vertrauten usw. Viele haben festen Sitz, von dem aus sie die ertragreiche Umgegend abfecchten, in den „Pennen“, deren trübe Zustände passend geschildert werden.

Für die Meisten ist die Wanderzeit eine „langsam, aber sicher zermahlende Mühle“, und doch scheut selbst der Kranke das Spital, wiewohl er in ihm nach D.'s Zeugnis ebenso behandelt wird wie andere Kranke.

Der eingefleischte Landstreicher ist über das Weib hinweg; jüngere haben vielfach ihre weibliche Gefährtin, die „Tippelschidse“ der Kundensprache. Diese wandernden Weiber übertreffen an Faulheit und Unfähigkeit weitaus den Durchschnitt der Männer; bei ihnen ist Alles „außer Rand und Band“. Spitzbuben, überhaupt Verbrecher, gibt es unter den Wanderern weniger, als man gemeinhin annimmt. „Der echte Verbrecher glaubt mehr zu sein als der Kunde. Der Kunde dünkt sich wieder über den Verbrecher erhaben“.

Bestraft freilich sind viele Wanderer. Aber wie soll der Mittellose dem entgegen! „Würde er nicht betteln, so würde er Selbstmord durch Hunger begehen“, und darum sollte man sein Betteln „höchstens als straffreien Mundraub“ ansehen. Auch Arbeitscheu ist oft genug nur durch erzwungene Arbeitslosigkeit dem Unbemittelten anezogen. D. führt aus, wie ungenügend unser Unterstützungs- und Abhilfswesen ist; „alle die gut gemeinten Einrichtungen mit ihrer hartherzigen, menschen- und lebensfremden Ausführung ihrer Grundsätze sind dürftige Notbehelfe, die bei jeder Krise versagen. Auch Strafgesetze nützen nichts. Helfen kann nur, wer die wirtschaftliche Existenz des Arbeiters sichert.“

Das Wandern selbst darf nicht verboten werden; „die arbeitende Bevölkerung hat oft genug keine anderen Bildungs- und Lehrjahre“. Ein gut geregeltes Herbergswesen, bei dessen Reform Arbeitgeber und Arbeiter heranzuziehen sind, eine Art Arbeiterkolonie für Unheilbare, Reichsarbeitslosenversicherung und eine Art Wanderarbeitsstätte, ähnlich den Heilanstalten der Invalidenversicherung, Alles das ist nötig. Erst dann wird man fragen dürfen: „Wer ist wegen Bettelns zu bestrafen“?

Soweit der Verfasser. Mag seine Schilderung hier und da von seiner Vergangenheit, vom Mitleiden im buchstäblichen Sinne des Wortes beeinflusst sein, Alles in Allem erweckt seine Schilderung des Lebens der Vagabunden und Bettler unsere Sympathie. Sie erhärtet die alte Wahrheit: Alles kennen heißt alles verzeihen, nur daß die Gesellschaft hier nichts zu verzeihen hat. Will sie bessern, so darf das Strafrecht lebendig in letzter Linie eingreifen. Vor ihm hat auf ihren zahllosen Wegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu wirken.

D. Hugo Herz, Arbeitscheu und Recht auf Arbeit (Kritische Beiträge zur österreichischen Straf- und Sozialgesetzgebung). Leipzig und Wien, Deuticke, 1902.

Nach einer weit ausholenden Einleitung, die über Strafrecht und Sozialpolitik mehr als über das Thema der Arbeit enthält, und nach einem geschichtlichen Überblick charakterisiert der Verf. in Kürze das geltende österreichische Recht der Landstreicherei und des Bettelns.

a) Sowohl das Gesetz von 1873, wie das Vagabundengesetz vom 24. 5. 85 haben den Zusammenhang der kriminellen Maßregeln gegen Vagabundage mit der Armenversorgung, wie ihn das humanere Recht von 1803 noch festhielt, gelöst. Das Gesetz v. 1885 insbesondere hat „eine Art richterlicher Durchschnittsbehandlung“ geschaffen (Näheres S. 49), bei der der wirklich Arbeitscheue nicht getroffen wird, die besseren Elemente unter der wandernden Bevölkerung aber verdrängt werden. Bedenklich ist insbesondere, daß es das Merkmal der „Arbeitscheu“ nicht in den Tatbestand aufgenommen hat. So wird vielfach bei bloßer Arbeitslosigkeit verurteilt, ohne daß das Ergebnis des Nachweises, daß der Täter Arbeit gesucht hat, abgewartet würde. Auch die von der Praxis vielfach als Landstreicher behandelten Zigeuner nimmt der Verfasser hiergegen in Schutz. „Keinenfalls kann man Zigeuner nach dem Landstreichergesetz beurteilen und wird immer ge-

mäß der Besonderheit dieses Volksstammes Ausnahmsgesetze finden müssen, die die Gesellschaft vor der parasitären und gefährlichen Ausbeutung dieses Volkes schützen."

b) Der Bettel ist, wie bei uns, so auch in Österreich nicht gesetzlich definiert. Der Verf. schließt sich bei seiner Definierung im Wesentlichen an von Hippel an. Die schwersten Mängel der Praxis seien einmal, daß die Schwankungen des Begriffes die Einheitlichkeit der Rechtsprechung gefährden, und daß die Trennung des arbeitscheuen Müßiggängers vom hilfsbedürftigen Armen nicht stattfindet. Sein eigener Vorschlag geht dahin, daß die Tatbestände der Arbeitscheu in einem einzigen Gesetzesparagraphen Ausdruck finden, und daß dabei das charakteristische Merkmal die Arbeitscheu bilde, d. i. die Bedürfnisbefriedigung durch Ausbeutung fremder wirtschaftlicher Verhältnisse bei vorhandener Arbeitsfähigkeit.

Unter den Kampfmitteln gegenüber der Arbeitscheu unterscheidet der Verf. 1) kriminelle Repression (S. 44 ff.), 2) Zwangserziehung und Jugendbevormundung (S. 60 ff.), 3) soziale Prävention (S. 75 ff.).

Im Hinblick auf kriminelle Maßnahmen scheidet er mit der allgemeinen Meinung die Behandlung des „zufälligen“ und des gewohnheitsmäßigen Landstreichers. Für jenen wünscht er im Gegensatz zu von Hippel nicht kurze Haft mit Verschärfungen, sondern „billigere und gleich wirksame Maßregeln“ (?), die lediglich zum Zwecke der Konstatierung, daß N. N. ein Vagabund war, in den Strafausweis eingetragen werden. Gegenüber dem gewohnheitsmäßigen Arbeitscheuen empfiehlt er Arbeitshaus mit bedingter Entlassung einer, der Möglichkeit der Strafverlängerung anderseits.

Wenn der Verf. unter den „Formen krimineller Repression“ auch „solche Gesetzgebungen“ nennt, „die Arbeitscheu überhaupt nicht besonders strafen“ (S. 44), so ist das ein Beweis statt vieler, daß er in formeller Beziehung wenig sorgfältig gearbeitet hat.

Das Institut der Korrektur kennt er — zum Nachteil der Leser — anscheinend garnicht.

10. Der altbewährte Kommentar des Freih. von Riedel zum Polizeistrafgesetzbuch für das Königreich Bayern ist nunmehr, durch v. Suttner besorgt, in 6. Auflage erschienen.³⁾ Diese bietet nicht eine Neubearbeitung, wohl aber eine Durchsicht und Ergänzung einzelner Teile, bei der die Literatur und Judikatur im Wesentlichen Berücksichtigung gefunden hat. Ein gegen früher erweiterter Anhang gibt außer dem Texte des Polizeistrafgesetzbuches, auch die zugehörigen bairischen Vollzugsbestimmungen usw. wieder.

11. Rothering's Aufsatz über den „groben Unfug“ (Goldb. Arch. Bd. 49 S. 23 ff.) wird nach seinem Abschlusse besprochen werden.

³⁾ C. G. Beck'sche Verlagsbuchh., München 1903.